

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.
Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Verantwortlicher Hr. 123.

Verantwortlicher Hr. 123.

Erste Seite
Wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Samstags mit dem 8seitigen „Illustrierten Unterhaltungsblatt“.
Bezugspreis: 1 M 50 P. vierteljährlich frei ins Haus oder durch
die Post; in der Expedition abgeholt vierteljährlich 1 M 25 P.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 P.;
auswärtiger Preis 15 P. — Reklamapreis 30 P.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 15

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 6. Februar 1917.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

17. Jahrg.

Wilson's Rede im Kongress.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in einer Rede im Kongress den Bruch mit Deutschland damit begründet, daß Deutschland in seiner neuesten Erklärung die feierlichen Versprechungen zurückgezogen habe, die es der amerikanischen Regierung im Mai vorigen Jahres gegeben hätte. Jetzt sei den Vereinigten Staaten keine andere Wahl, als den in ihrer Note vom 8. April 1916 angekündigten Weg zu gehen und die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, weil Deutschland die Freiheit der Amerikaner völlerrechtswidrig beschränke.

Deutschlands „Munition“ soll Amerika in den Konflikt treiben!

Wilson fuhr in seiner Rede fort: „Trotz des unerwarteten Vorgehens der deutschen Regierung und dieses plötzlichen tief bedauerlichen Abbruchs ihrer unserer Regierung gegebenen Versicherungen, in einem Augenblick der kritischen Spannung in den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Beziehungen, weigere ich mich zu glauben, daß die deutschen Behörden tatsächlich das zu beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie uns bekanntgegeben haben, berechtigt halten. Ich neige es nicht über mich zu stellen, daß sie auf die alte Freundschaft der beiden Völker oder auf ihre feierliche Verpflichtung keine Rücksicht nehmen und in unwilliger Durchführung eines unbarmherzigen Flottenprogramms amerikanische Schiffe und Menschen vernichten werden. Nur wirklich offene undige Taten von ihrer Seite können mich das glauben machen. Wenn mein eingeburztes Vertrauen in ihre Besonnenheit und ihre kluge Umsicht als unglückseligerweise als unbegründet herausstellen sollte, wenn amerikanische Schiffe oder Menschenleben in achloser Uebertretung des Völkerrechts und der Gebote der Menschlichkeit geopfert werden sollten, so werde ich den Kongress um die Ermächtigung suchen, die Mittel anzuwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seelente und Bürger bei der Verfolgung ihrer friedlichen und legitimen Unternehmungen auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann nicht weniger tun. Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden. Wir wünschen einen kriegerischen Konflikt (wörtlich: Hostile conflict) mit der deutschen Regierung. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen endlich, den Frieden mit der Regierung zu erhalten, die sein Sprachorgan ist. Wir werden nicht glauben, daß sie uns feindlich gesinnt sind, außer, wenn es so weit kommt, daß wir es glauben müssen, und wir beabsichtigen nichts anderes als eine vernünftige Verteidigung der unabweisbaren Rechte unseres Volkes. Wir haben keine egoistischen Absichten. Wir suchen nur den uralten Grundsätzen unseres Volkes treu zu bleiben, unser Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unbelastetes Leben zu schützen. Das sind Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges. Möge Gott es fügen, daß wir nicht durch die vorsätzliche Ungerechtigkeit von Seiten der Regierung Deutschlands dazu herausgefordert werden, sie zu verteidigen.“

Versteht Wilson Deutschlands Zwangslage nicht?
Wilson zeigt in dieser Rede kein Verständnis für die Beweggründe, die nach reiflicher Ueberlegung Deutschland veranlaßt haben, von der stärksten Waffe Gebrauch zu machen, über die wir gegen den unerschlichensten unserer Feinde verfügen. Er nennt unser Flottenprogramm unbarmherzig und bezeichnet einen lange hinausgezögerten Entschluß, den wir wahrlich nicht leichtem Herzens gefaßt haben, als mutwillig. Er behauptet auch, der Wahrheit zuwider, daß wir keine Rücksicht auf eine feierliche Verpflichtung genommen haben, während die Reichsregierung im Mai vorigen Jahres ausdrücklich die volle Freiheit ihrer Entscheidungen für den Fall sich vorbehalten hat, daß die Schritte der Vereinigten Staaten England und seine Verbündeten nicht veranlassen würden, den Krieg gegen uns unter Beobachtung der völkerrechtlichen Normen zu führen. Wenn Herr Wilson es ablehnt, die ihm von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Maßregeln zum Schutze des Lebens und des freien Verkehrs amerikanischer Bürger mit den uns feindlichen Mächten zu ergreifen, sondern die Ergreifung von Gewaltmaßnahmen zu diesem Zwecke androht, so handelt er gegen die Gesetze der Menschlichkeit, in deren

Namen er noch vor kurzem das Wort ergriffen hat. Sollte Wilson wirklich glauben, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen uns veranlassen könnte, unseren Entschluß zu ändern, so ist er einem Irrtum verfallen, der die verhängnisvollsten Folgen haben kann. Die Note vom uneingeschränkten U-Bootkrieg ist von uns abgeschickt worden, nachdem alle Folgen, die sie zeitigen kann, reiflich erwogen worden sind. Sie wäre nicht abgeschickt worden, wenn wir uns nicht für stark genug hielten, die Folgen auf uns zu nehmen. Darum kann keine Drohung uns schrecken.

Ein Zurück gibt es nicht.

Erklärungen des Staatssekretärs Zimmermann.

Eine Anzahl amerikanischer Zeitungs-Korrespondenten wurde am Sonntag vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann empfangen. Dieser erklärte ihnen: „Die Entscheidung des Präsidenten Wilson hat uns erstaunt und enttäuscht. Seit der Ablehnung unseres Friedensangebotes durch die Entente blieb uns in der Verteidigung unserer Existenz kein anderer Schritt übrig als der uneingeschränkte U-Bootkrieg. In dem Kampf gegen die Völkerrechtsverletzungen der Entente haben uns die Vereinigten Staaten ihren Beistand versagt. Wir haben keine bedingungslosen Versprechungen gemacht, auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu verzichten, und kein Versprechen gebrochen. Wir hoffen, daß Präsident Wilson die amerikanischen Schiffe vor dem Befahren des Sperrgebietes warnen wird. Im Kampfe um unsere Existenz gibt es für uns kein Zurück mehr.“

Wilson fordert 500 Millionen Dollar für den Kriegsfall.

Im Kongress wurde ein Antrag zur Ausgabe einer Anleihe im Betrage von 500 Millionen Dollar eingebracht, um Armee und Flotte in Bereitschaft zu bringen und jedem Ausstreuen von Elementen, die mit Deutschland sympathisieren, Widerstand leisten zu können.

Beschlagnahme deutscher Schiffe.

Marine-Sekretär Daniels hat den Marineversteuerten und Schiffstationen empfohlen, Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Der deutsche Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ wurde in Boston beschlagnahmt. In Panama wurden vier Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, die sich dort seit Kriegsausbruch befinden, von den Behörden der Panamakanalzone mit Beschlagnahme belegt.

Vertragliche Bestimmungen für den Fall eines deutsch-amerikanischen Krieges.

Am 11. Juli 1799 wurde zwischen Friedrich dem Großen und dem durch Benjamin Franklin repräsentierten Amerika ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, der seither wiederholt anerkannt worden ist und auch nach der Gründung des Deutschen Reiches Gültigkeit behalten hat. Artikel 23 des Vertrages lautet:

„Falls ein Krieg zwischen den vertragsschließenden Teilen ausbricht, so wird den Kaufleuten des einen Staates, die in dem anderen Staate anässig sind, gestattet werden, dort noch neun Monate zu verbleiben, um ihre Angelegenheiten einzutreiben und ihre Geschäfte zu erledigen; alsdann können sie ungehindert abreisen und ihre gesamte Habe mitnehmen, ohne belästigt oder gehindert zu werden. Frauen und Kinder, Gelehrte aller Fakultäten, Bauern, Künstler, Handwerker und Fischer, die unbewaffnet sind und unbefestigte Städte, Dörfer und Plätze bewohnen, sowie im allgemeinen alle diejenigen, deren Beruf dem Unterhalt und dem Gemeinwohl des Menschengeschlechtes dient, dürfen ihrem Beruf weiter nachgehen; sie sollen weder einer Belästigung ihrer Person ausgesetzt, noch sollen ihre Häuser oder ihr Eigentum in Brand gesetzt oder sonst zerstört werden; auch sollen ihre Felder von den Heeren des Feindes, in dessen Gewalt sie etwa infolge der Kriegsergebnisse geraten, nicht verwüstet werden; wenn es erforderlich ist, etwas von ihrem Eigentum für den Gebrauch des feindlichen Heeres zu nehmen, so soll für dessen Wert ein angemessener Preis gezahlt werden.“

Artikel 24 bezieht sich auf die Behandlung der Kriegsgefangenen, die in ungemein humaner Weise geregelt ist.

Verluste der englischen Kriegsflotte.

Aus England noch Holland zurückgekehrte Seelente berichten von dem Einlaufen zahlreicher beschädigter englischer Zerstörer in englischen Häfen in den letzten Tagen des Januar. In der Mündung des Humber wurden mehrere Zerstörer mit teilweise verpögelten Schornsteinen beobachtet.

Aus Schiermonnikoog wird gemeldet: „Am Sonntag freuten nördlich von Schiermonnikoog ein Zerstörer und vier deutsche Kreuzer. Es wurden schwere Kanonenschüsse gehört.“

400 neue deutsche Unterseeboote?

Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß Deutschland für seine Blockadegewehr 400 neue Unterseeboote gebaut habe, und daß es außerdem über eine Reihe neuer Zepplin-Luftschiffe verfüge.

Lloyd George über den Ernst der Lage.

In einer Rede, die Lloyd George vor seinen Wählern in Carnarvon hielt, führte er aus, das britische Heer habe jetzt Ueberflus an Kanonen und jeder Art von Geschossen. Am Ende der Sommer-Offensive besaß man mehr Kanonen als am Anfang. Der U-Bootkrieg sei ein neuer Schritt zur vollständigen Barbarei. Die letzte Hälfte der Zivilisation werde jetzt abgeworfen. Das werde auch der gleichgültigste Neutrale einsehen müssen. Fortan werde Deutschland keine andere als die schwarze Piratenflagge zeigen. Das Angebot Deutschlands an Amerika, einmal in der Woche einen Passagierdampfer mit England versehen zu lassen, bezeichnete Lloyd George als eine Unverschämtheit. Weiter sagte er: Die Gefahr ist groß, aber wir können sie durch Energie, Mut und Entschlossenheit überwinden; wenn das Volk die Regierung mit Geld, Arbeit und anderen Opfern unterstützt, dann wird England den Kampf mit den Desperados gewinnen. Dann forderte Lloyd George die Hausfrauen auf, die Mitteilungen des englischen Lebensmittelkontrollrates genau zu beachten. Auf ein Zwangssystem werde vorläufig verzichtet, weil man dazu eine neue Organisation brauchen würde, die sehr viele Menschenkräfte beanspruchte. Die Ersparnis an Lebensmitteln bedeute eine Ersparnis an Schiffsraum, und davon hänge das Leben des britischen Volkes ab. Jeder Quadratfuß Boden müsse angebaut werden. Wir müssen beweisen, daß der deutsche Baal ein falscher Gott ist. Wir müssen ihnen zeigen, daß er Hungersnot in ihr Land gebracht hat, daß er sich selbst nicht schützen kann, geschweige denn sie. Es ist notwendig, daß unser Volk mit seinen großen Willkür die Rohstoffe des deutschen Militarismus zerstöre.

Der größte Teil unseres Unglücks kam von einem Mangel an gemeinsamer Tätigkeit. Wir haben zu viel gehandelt, als wenn wir vier verschiedene Kriege führten. Wir müssen jetzt mehr als bisher die großen Hilfsmittel des Reiches ausnützen. — In kurzem wird die erste Reichskabinettsitzung abgehalten werden, um zu sehen, was getan werden kann.

Ein großer Zwiespalt kauft zwischen dem Teil der Rede, der den Neutralen, und dem, der dem englischen Volk gilt. Den Neutralen erklärt er die Gewissheit des Endsieges, und spricht von der letzten Verweigerung von Barbaren, deren letzte Waffe fiel. Dann aber muß er seine Landsleute aufstacheln; und da muß er mit der Wahrheit heraus. Und die lautet ganz anders: „Die Gefahr ist groß. Von der Ersparnis an Schiffsraum hängt das Leben des britischen Volkes ab. Jeder Fußbreit Boden muß bebaut werden.“ — Sollten wirklich alle Neutralen kein Ohr für diesen Doppelsinn in Lloyd Georges Rede haben?

Der deutsche Schlachtenbericht.

Großes Hauptquartier, 5. Febr. 1917. (W.F.B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht Kronprinz Rupprecht.

Vom Nordufer der Äncre bis zur Somme spielten sich bei starkem Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten auch Infanteriekämpfe ab.

Im Gegenstoß wurde den Engländern der größte Teil der Gräben südlich von Beaumont wieder entrissen; dabei blieben rund 100 Gefangene in unserer Hand.

Nachmittags schickte ein heftiger englischer Angriff nördlich von Beaumont, nachts wiederholter Angriff starker Kräfte gegen unsere Stellungen von südlich Grandcourt bis südlich von Pys. Auch am West von Beaumont nach Grandcourt wurde gekämpft.

Südlich der Somme hielten Stoßtrupps über 20 Franzosen und Engländer aus den feindlichen Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Am der Karajowka schützten kleine russische Abteilungen gegen unsere Sicherungen vor, die sie durch Feuer zurückwies.

Am der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Seereschlacht des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Reuter betont besonders, daß in diesem Fall die Warnung des Schiffes der Versenkung vorausgegangen ist. Dies ist selbstverständlich, denn die Versenkung erfolgte in der den Neutralen gewährten Frist.

Diese Schutzfrist ist in den verschiedenen Meeren nicht gleich lang. Am kürzesten, nämlich 5 Tage, ist sie in der Nordsee, länger im Mittelmeer und am längsten im Atlantik und im Kanal, weil die dort angetroffenen Schiffe die längste Fahrt hinter sich haben werden.

Nach Ablauf der Schutzfrist

Jedes Schiff im Kriegsgebiet gefährdet, ein neutrales gut wie ein feindliches. Es sind ja nicht nur unsere Boote, die dort Nacht halten, sondern es sind von unseren Streitkräften im größten Umfange Minen ausgeworfen, die den Versuch, das Sperrgebiet zu durchbrechen, sehr gefährlich machen.

445 000 Tonnen deutscher Schiffsraum in amerikanischen Häfen.

In den Häfen der Vereinigten Staaten liegen seit Kriegsbeginn 35 Dampfer der Hamburg-Amerika Linie, darunter ihre größten Schiffe „Baterland“ und „Reinhardt“ (54 000 Tonnen groß), 12 Lloyd-Dampfer und 8 Dampfer der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft. Dazu kommen noch 35 000 Tonnen österreichischer Schiffsraum.

Den Engländern vergeht der Hohn.

Die neuer englischen Pressbestimmungen, die Reuter wiederholt, sprechen von einem Hohnschaden John Bulls über die neuen deutschen Anstrengungen. Heute steht man schon anders:

„Westminster Gazette“ schreibt:

Unsere Ausgabe ist natürlich grimmig ernst, aber wir können kalten Kopf und unverbrüchliches Vertrauen zur Geschicklichkeit, zur Tapferkeit und zu den Hilfsquellen unserer Krieges- und Handelsflotte bewahren.

Der „Daily Telegraph“ liest man:

Die deutschen Schiffsverfechter sollen wöchentlich drei große Unterboote fertigtellen, die sofort bemannt und in Tätigkeit gesetzt werden. Da wird Sparsamkeit nicht nur zur vaterländischen Pflicht, sondern zur Notwendigkeit. Vor zwölf Jahren war das U-Boot kaum mehr als ein Spielzeug. Jetzt ist es eine furchtbare Vernichtungsmaschine, die von den Deutschen im Widerspruch zum Völkerrecht und zu den Geboten der Menschlichkeit benutzt wird. Es müssen daher die Schiffsverfechter und Maschinenfabriken so viel gelernter Arbeiter erhalten, wie sie überhaupt nur beschäftigen können, und die Frauen müssen in noch größerer Zahl eingestellt werden. Da die Admiralität kein Gegenmittel gegen die neuen deutschen Unterboote mit großem Aktionsradius besitzt — das sie aber hoffentlich noch entdecken wird — so liegt zunächst die Lösung des Problems ausschließlich in der Beschaffung weiteren Schiffsraums. Ohne viele Handelschiffe können wir weder zu Lande noch zu Wasser weiterkämpfen.

Norwegische Seelente streiken.

Aus Kristiania verlautet, daß die Seelente von Dampfern, die für England bestimmt sind, streiken und sich weigern, abzufahren. Die Meeder befürchten, daß diese Bewegung einen größeren Umfang nehmen wird. Die norwegische Schiffsversicherung nimmt zu erhöhten Preisen weitere Versicherungen von Schiffen, die durch die Seesperre fahren wollen, an.

Dänische Meeder stellen den Betrieb ein.

Infolge der Einstellung des gesamten Postdampferverkehrs lehnen sämtliche Banken in Dänemark vorläufig die Einlösung englischer, französischer, italienischer und amerikanischer Schecks ab. Nach einer Blattermeldung haben auch die Goeteborger schwedischen Dampfer die Fahrten nach England eingestellt. Über tausend Seelente sind bereits ohne Arbeit. Da der Postverkehr nach England vollständig unterbrochen ist, sind schon in Goeteborg mehrere tausend für England bestimmte Postfässer aufgelagert.

Der Verein der dänischen Dampfschiffreedereien beschloß, vorläufig die Schiffsfahrten in weitem Umfang einzustellen und die weitere Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten.

England bemächtigt sich neutraler Schiffe.

Nach in Rotterdam eingetroffenen Nachrichten halten die Engländer sämtliche neutralen Schiffe, welche in englischen Häfen liegen oder sich in englischen Gewässern befinden, zurück.

Deutschland hilt den neutralen Meedern.

Wie wir hören, ist die Funkstation Rauen den neutralen Meedern zur Unterstützung von Anweisungen an ihre unterwegs befindlichen Schiffe zur Verfügung gestellt worden. Die deutschen Behörden sind mit allen Mitteln bemüht, die Neutralen in ihrem Bestreben, ihre Schiffe aus dem Sperrgebiet im England fern zu halten, zu unterstützen.

Ein englisches Minenfeld in der Nordsee.

Nachrichten aus dänischen Schiffsverkehrskreisen zufolge ist zwischen Skagen und der norwegischen Küste ein Minenfeld beobachtet worden. Es soll englischen Ursprungs sein.

England.

Neue Ministerpräsidentenkrise. Die Moskauer Zeitung „Ruska Wedomosti“ meldet: Petersburger politische Kreise halten es für sicher, daß Ministerpräsident Gollitsin noch vor dem Wiederausammentritt der Reichsduma zurücktreten werde. Zwischen ihm und Protopopow seien ernste Schwierigkeiten ausgebrochen, die jedes Zusammenarbeiten innerhalb der Regierung unmöglich machten, da Protopopow die Macht im Kabinett haben wolle. Als Nachfolger Gollitsins werden in erster Linie der frühere Landwirtschaftsminister Bobrinski und der Präsident des Staatsrates Schtschegolowitsch genannt. Bemerkenswert ist an dieser Meldung, daß Protopopow bleibt; der Entente wird das nicht sehr gefallen.

Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 9. Febr. Wegen Betriebschwierigkeiten werden vom 7. ds. Mts. ab keine Privat-Einschreibepakete mehr angenommen. Pakete an Kriegsgefangene in England, Portugal und Besingungen besio nicht mehr.

Geisenheim, 4. Febr. Beschlagnahme, Bestandshebung und Enteignung von Bierglasbedeln und Bierfrugbedeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen. Die am 1. 10. 1916 unter obiger Ue-

berschrift in Kraft getretene Bekanntmachung M 1/10. 19. R. A. ist am 8. 2. 1917 unter Nr. M. 1/2. 17. R. A. in einer Neufassung erschienen. Hiernach sind die Bestimmungen der Bekanntmachung außer auf alle Brauerei, Gastwirtschaft, und Schankbetriebe, Vereine und Gesellschaften, Casinos und Kantinen, welche die von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände in Besitz oder Gewahrsam haben, ausgedehnt auch auf Handlungen, Läden und Installationsgeschäfte, Fabriken und Privatpersonen — Ausgenommen Althändler — welche die im § 2 der Bekanntmachung genannten Gegenstände erzeugen oder verkaufen, oder welche solche Gegenstände zum Zwecke des Verkaufs in Besitz oder Gewahrsam haben. Die Gegenstände, auf welche sich die Bestimmungen der Bekanntmachung, insbesondere also Meldepflicht, Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung beziehen, sind: sämtliche aus reinen Zinn oder aus Legierungen mit einem Zinngehalt von 75% und mehr bestehenden Deckel von Biergläsern und Bierfrügen einschließlich der dazu gehörigen Scharniere.

Für eine große Reihe von anderen Gegenständen ist eine freiwillige Ablieferung vorgeesehen. Der Kreis dieser freiwillig abzuliefernden Gegenstände ist in der vorliegenden Neufassung erheblich erweitert. Gegenstände, welche bereits als Altmaterial an Händler, Handlungen usw. abgegeben waren und den Bestimmungen der Bekanntmachung M. 1/15 R. A. unterliegen, dürfen von den Sammelstellen nicht angenommen werden.

Mit der Durchführung der Bekanntmachung sind wiederum die Kommunalverbände beauftragt, welche auch die Ausführungsbestimmungen zu erlassen haben. Ueber die Einzelheiten, auch über die Uebnahmepreise, sowohl bei den vorgeschriebenen, wie bei den freiwilligen Ablieferungen, gibt der Wortlaut der Bekanntmachung Auskunft, die bei den Herrn Bürgermeistern einzusehen ist.

Besonders wird nochmals auf die Möglichkeit zur freiwilligen Ablieferung aller Art von Zinngegenständen hingewiesen, von der im vaterländischen Interesse ein möglichst ausgedehnter Gebrauch gemacht werden sollte.

Die vorstehenden Ausführungen gelten nicht für Bayern wo besondere Bestimmungen ergehen.

Wendung der Feldposten. Vom 10. Februar 1917 ab werden die Vorschriften über die Adressierung der Feldpostsendungen an Truppenangehörige dahin geändert, daß in den Adressen folgende Angabe über Kriegsschauplatz, Armee, Armeegruppe oder Armeekorps, Division, Brigade wegfällt. Die Angabe eines höheren Stabes ist nur bei der Adresse von Angehörigen dieser Stäbe zulässig. Die Feldposten dürfen daher künftig im allgemeinen außer dem Namen und Dienstgrad des Empfängers nur die Bezeichnung des Truppenteils bis zum Regiment aufwärts enthalten. Bei Truppenteilen, die keinem Regimentsverband angehören, ist außerdem die zuständige Feldpostanstalt mit ihrer Nummer anzugeben. Bei den Stäben von Armeekorps, Divisionen und Brigaden darf die Feldpostnummer nicht genannt werden. Sendungen an unvorschriftsmäßige Adressen können von der Beförderung ausgeschlossen werden.

Ein Aufnahme der Vorräte an Kartoffeln ist für den 1. März angeordnet. Sie erstreckt sich sowohl auf die Vorräte bei den Erzeugern und im Handel, wie auf die bei den Verbrauchern.

Gewerbetreibende sollen nicht unter den frühen Padenstufen. Das Reichsamt des Innern hat entschieden: „Gewerbetreibende, wie Friseure, Uhrmacher, Schuhmacher usw., welche in offenen Verkaufsstellen neben dem Handelsgewerbe noch ein anderes Gewerbe betreiben, können nicht gehindert werden, diesen Betrieb über die Zeit von 7 Uhr, Sonnabends 8 Uhr, hinaus fortzusetzen.“

Veratung von Kriegswunden. — Die bei den militärischen Dienststellen eingehenden Gesuche von Angehörigen gesallener Kriegsteilnehmer lassen erkennen, daß die Hinterbliebenen sich bei Abfassung der Einlagen vielfach fremder Hilfe bedienen. Soweit diese Hilfe in uneigennützigster Weise geleistet wird, ist sie dankend anzuerkennen. Die Kriegswunden müssen aber dringend vor sog. „Winkelabvolaten“ und ähnlichen Personen gewahrt werden. Solche Leute drängen sich in sie heran und verfassen für sie oft Gesuche, von deren Zwecklosigkeit sie wohl selbst in vielen Fällen von vornherein überzeugt sind. Ihnen ist meist nur darum zu tun, Einnahmen für sich zu erzielen, nicht aber den Wunden zu helfen. Häufig erwecken sie auch Hoffnungen, durch deren Nichterfüllung die Wunden dann bitter enttäuscht sind.

Allen Kriegswunden — soweit sie sich außerstande sehen, Gesuche selbst abzufassen — kann daher nur dringend empfohlen werden, sich an die fast in jedem Ort bestehenden Beratungen und amtlichen Stellen vorzustellen für Kriegswunden und -waisen zu wenden. Diese Stellen werden gern erdöbt sein. Anträge der Hinterbliebenen aufzunehmen und an die hierfür zuständigen Behörden weiterzugeben. Dieser Weg erspart den Kriegswunden Kosten, Zeit und Enttäuschungen.

Heilverfahren und Berufsumlernung durch die Reichsversicherungsanstalt. Die Bedeutung des Heilverfahrens, sowie die Berufsberatung und Berufsumlernung der versicherten Kriegsbeschädigten der Angestelltenversicherung ist noch keineswegs ausreichend bekannt. Es wird daher wiederholt hingewiesen, daß die Reichsversicherungsanstalt in den ihr geeignet erscheinenden Fällen, um die infolge Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzumenden, ein Heilverfahren gewähren kann, soweit nicht bereits durch einen Träger der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung (Krankenkasse, Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft usw.) ein solches eingeleitet ist. Dasselbe gilt, wenn zu erwarten ist, daß ein Heilverfahren den bereits berufsunfähigen Empfänger eines Ruhegeldes wieder berufsfähig macht. Wegen Auskunft wende man sich an die Ortsausschüsse der Angestelltenversicherung (im Bezirk Rheingau stellvertretender Schriftführer Herr Wilhelm Stoll, Niederwalluf) woselbst bezügliche Merkblätter und Formulare zu haben sind.

Vom Rhein, 4. Feb. Noch immer treibt der Rhein stark mit Eis. Die Kälte erreichte im Laufe der Nacht vom Freitag auf Samstag 14 Grad unter Null. Am Morgen wurden noch 12 Grad unter Null festgestellt. Zufrieren wird der Rhein noch lange nicht, denn dazu ist eine noch größere Kälte erforderlich. Zuletzt war der Rhein vom 5. Februar bis 4. März 1895 zugefroren. Vorher

war er vom 13. Dezember 1879 bis 2. Januar 1880, vom 18. Januar 1880 bis 19. Februar 1880, vom 17. Januar 1891 bis 18. Februar 1891 und vom 18. Januar 1893 bis 2. Februar 1893 zugefroren. Mit Ausnahme des Jahres 1893 erstreckten sich die Perioden, während denen der Rhein zugefroren war, auf recht lange Wochen meist fast vier Wochen und einmal war der Rhein in einem Winter sogar zweimal zugefroren. Zu wünschen wäre eine so starke Frostzeit nun doch nicht. Seit 1895 ist der Rhein trotz immerhin mehrfach vorgekommener Anläufe nicht mehr zugegangen und sicher muß der Frost auch noch viel stärker kommen, ehe man mit einer Eisedecke auf dem Rhein zu rechnen braucht.

Aus dem Rheingau, 2. Febr. Die Winterkälte wird im allgemeinen als recht gut empfunden, da sie erst kam, als das Rebholz auch wirklich ausgereift war und noch vor dem Steigen des Saftes. So haben die Reben noch auf einige Zeit Ruhe, dem Weinbergboden wird Feuchtigkeit zugeführt und das Ungeziefer wird hoffentlich größtenteils vernichtet. Schaden wurde den Reben durch die Kälte nicht zugefügt und auch für die Folge braucht wohl kein Schaden befürchtet zu werden. Geschäftlich herrscht im allgemeinen nicht soviel Leben wie noch vor kurzem. Die 1916er Weine sind in erheblichen Mengen in anderen Besitz übergegangen. Sie wurden dabei sehr hoch bewertet und stiegen bis zu 3 000 M. für das Stück und darüber. Für das Stück 1912er wurden bei einzelnen Umsätzen 2 300—2 500 M. angelegt.

Deidesheim, 4. Febr. Selten noch dürfte eine Weinversteigerung abgehalten sein wie die des Reichsrats Buhl in Deidesheim. Fast eine runde Million wurde in dieser Versteigerung erzielt. Ausgeboten wurden 69 Fuder 1915er Weine wobei erzielt wurden für das Fuder Königsbacher 5 700—12 400 M. Wachenheimer 6 700—15 300 M. Deidesheimer 7 000—26 000 M. Ruppertsberger 9 100—16 000 M. Forster 6 010—43 000 M. Der gesamte Erlös stellte sich auf rund 920 000 M.

Wachenheim (Rheingau), 4. Febr. In der Weinversteigerung S. Ex. Dr. Alb. Büttlin hier gelangten 70 Nummern 1914er und 1915er Weißweine aus Lagen der Mittelhaardtgemerkungen Wachenheim, Ruppertsberg, Forst und Deidesheim zum Ausgebot. Erlöst wurden für das Fuder 1914er Wachenheimer 3 650—3 850 M., Deidesheimer 5 350 M., das Fuder 1915er Wachenheimer 3 010—15 600 M., Ruppertsberger 4 500—23 000 M., Forster 6 800—14 300 M., Deidesheimer 13 650—19 100 M. Der gesamte Erlös stellte sich auf rund 450 000 M.

Spielplan des Königl. Theaters zu Wiesbaden vom 7. bis 12. Februar 1917.

Mittwoch, Abon. C. „Fidelio“ Aufg. 7 Uhr.

Donnerstag, Abon. D. „Martha“ Aufg. 7 Uhr.

Freitag, X. Volksabend: Volkspreise! „Der Vögelperz“ Aufg. 7 Uhr.

Samstag, Abon. A. „Die Gardsfürstin“ 6 1/2 Uhr.

Sonntag, Abon. B. „Vohengrin“ Aufg. 6 1/2 Uhr.

Montag, Abon. D. „John Gabriel Borkmann“ Aufg. 7 Uhr.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 5. Febr. Amtlich. Von den Fronten sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet.

TU New York, 6. Febr. Präsident Wilson hat Beratungen im Kabinett, dessen demokratische Senatoren geteilter Meinung waren. Senator Stone sprach sich gegen ein drastisches Vorgehen aus. Im weißen Hause laufen viele Telegramme und Schreiben ein, deren überwiegende Mehrzahl dringend zum Frieden rät. Bis jetzt ist nicht eine einzige Kriegsverammlung angesetzt. Niedrige Friedensdemonstrationen wurden Freitag Abend veranstaltet, auf denen wie bereit gemeldet, auch Bryan redete, und unter tosendem Beifall unter anderem sagte: Gott bewahre uns vor dem Kriege mit Deutschland.

TU Amsterdam, 5. Febr. Dem Presse-Büro zufolge hat Präsident Wilson sämtlichen neutralen Staaten eine Note übermittelt, worin er zur Erklärung seines Schrittes mitteilt, daß er mit seinem Protest gegen das deutsche Vorgehen die Freiheit des neutralen Seehandels verteidigen wolle. Seine Handlungsweise sei eine logische Fortsetzung des Planes gemeinschaftlichen die Beschleunigung des Friedens und den Schutz der Rechte der Neutralen tätig zu sein.

TU Haag, 6. Febr. Die Daily Mail meldet aus New York: Hier verlautet das Gerücht, daß die amerikanische Regierung für den Kriegsfall zunächst folgende Maßnahmen treffen will: 1. die Befestigung des Hafens von New York, 2. Bewaffnung aller amerikanischen Handelsdampfer, 3. Einrichtung eines umfangreichen Kreuzerdienstes in allen amerikanischen Gewässern, hauptsächlich in der Nähe des Panama-Kanals.

Privat-Telegramm der Geisenheimer Zeitung. WTB Großes Hauptquartier, 6 Febr.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Folge ungünstigen Frostwetters war die Tätigkeit der Artillerie und Flieger gering. Nur zwischen Ancre und Somme war wie an den Vortagen die Feuertätigkeit stark.

Von Erkundungen im Sommegebiet, auf dem Ostufer der Maas und an der Lothringer Grenze wurden über 30 Engländer, Franzosen und mehrere Maschinengewehre eingebracht.

Von der Rigaer Küste bis zum Mündungsgebiet der Donau (keine besonderen Ereignisse).

Mazedonische Front.

Zeitweise lebhaftes Feuer im Cernahogen und in der Strumaniederung.

Der 1. Generalquartiermeister Ludendorff.

Irrsinn oder tobjüchtiger Haß?

Wie sie uns bestrafen wollen.

Unsere Truppen haben über 50 feindliche Festungen erobert; ein Gebiet erobert, größer als das ganze Deutsche Reich; mehr als 3 Millionen Gefangene sind innerhalb unserer Grenzen; 4 Könige, die sich, von England bestochen, unseren Feinden angeschlossen, sind aus ihren Ländern gejagt; die deutschen Fahnen wehen über Belgien, und über den reichen Gebieten Ost- und Nordfrankreichs; Kurland, Litauen, Polen und Wolhynien sind in unserer Hand; Rumänien, Serbien und Montenegro in unserem Besitz.

Trotzdem können die Regierungen der uns feindlichen Mächte es wagen, den Krieg weiter zu führen, weil sie das Volk bedingungslos am Gängelbande führen mit Hilfe einer

Presse, die mit Fuderbrot und Peitsche erbarmungslos in den Dienst der Kriegsbegeisterung gestellt worden ist.

Wie schamlos diese Presse das Volk hinter sich führt, dafür bildet ein Aufsatz eines Abgeordneten Alfred Wigand in der Handelsbeilage des großen Zeitungsvertrages „Times“ einen drastischen Beleg. Dort verlangt Wigand, daß

„Deutschland niemals wieder sein Haupt während der nächsten Jahrzehnte erheben“ dürfe. Eine Kriegsentwädigung in barem Gelde, so notwendig ihm eine solche Strafe erscheint, würde „noch nicht von der großen Masse des deutschen Volkes genügend empfunden werden“. Auch die in England am weitesten verbreitete Anschauung, daß man nach dem Kriege die Einfuhr aller Waren aus Deutschland verbieten sollte, sei irrig. Ja, ein solches Verfahren erscheine in hohem Grade nutzlos. Denn man würde sehr bald merken, daß die deutschen Fabriken stillstehen in neutralen Auslande errichten. Bei den Schutzstellen liegt die gleiche Schwierigkeit vor, denn „Deutschland und Oesterreich grenzen an so viele andere Staaten, daß ein Zolltarif gegen Deutschland bei weitem nicht so wirksam sein werde, wie viele glauben“. Daher erscheint es Wigand notwendig, „alle neutralen Länder zolltariflich ebenso wie die feindlichen Länder zu behandeln“. Die Neutralen hätten auch gar kein Recht, sich darüber zu beklagen, wenn ihnen nach dem Kriege ihre industrielle Beschäftigung fortgenommen wird, um sie den Arbeitern in den Ländern der Verbündeten zu übergeben, denn sie hätten ja „ruhig beiseite gestanden“ und nicht dabei mitgeholfen, die „wilde Unmenslichkeit der Hunnen niederzuringen“. Er will uns dazu noch das Recht der freien Schifffahrt nehmen. Für die Einzelheiten der Strafe aber sollen die feindlichen Nationen einen Richterstuhl bilden zum

„Strafvollzug am „verbrecherischen Deutschland“.

Dabei geht Wigand in seinem unglaublichen Synkretismus so weit, dieses Deutschland zugeordnete Schicksal mit dem dunkelsten Kapitel der englischen Ge-

schichte, mit dem einzigen nationalen Todesurteil zu vergleichen, der ebenso groß war und so weite Bevölkerungskreise traf: mit dem Todesurteil Irlands, der infolge jenes Urteilspruches eintrat, den die englische Regierung 1846 über das unglückliche Irland verhängt hat. Dabei war „in jenem Falle kein Verbrechen begangen worden“, gesteht Wigand selbst ein. „Sollte man Deutschland etwa besser behandeln, als man einst Irland behandelte?“

„Um diesen Urteilspruch durchzuführen, würde eine Besatzungsarmee notwendig sein, aber das würde notwendig auch der Fall sein, wenn nur eine Entschädigung in Geld verlangt würde.“

Man sollte Deutschland zwingen, seinen „Weizen“ und alle Güter für Nahrungsmittel aufzugeben, dann würde der russisch-sibirische Wettbewerb den deutschen Landwirt völlig ruinieren.

Wenige Leute in England wissen, daß Rumänien ein großes Eisenproduktionsgebiet verlieren würde, wenn Elsaß und Lothringen Frankreich zurückgegeben würden. Es mag auch notwendig sein, in den Friedensvertrag die Bestimmung aufzunehmen, daß Frankreich abgebenfreies Kohle durch Lothringen nach dem Rhein versenden kann, und daß der Rhein zu einer freien Wasserstraße für alle Nationen werde.

Bei der freien Einfuhr für alle Nahrungsmittel läßt die deutschen Landwirte ihre Arbeiter entlassen und ähnlich wie seinerzeit die Feinde das Alderland in ausgedehnte Weidegebiete umwandeln. Dadurch würde Deutschland hauptsächlich wieder zu einem reinen Agrarstaate werden, und es würde dann nur die Hälfte seiner gegenwärtigen Bevölkerung ernähren können. Ebenso wie früher in Irland konnte dann ein kleiner Landbesitzer mit seiner Familie nur die Hälfte seiner Kinder großziehen, und die übrigen müßten dann eben auswandern.

Deutschlands Einflußgebiet in der Welt und im Weltmarkt, das auf seiner Eisen- und Stahlindustrie beruhte, würde dadurch völlig eingeschränkt werden. Der deutsche Arbeitsmarkt würde so überfüllt werden, daß die Löhne fallen würden und daß die halbe deutsche Bevölkerung zur Auswanderung gezwungen wäre.“

Die Leser der „Times“, der alten leidenden Tante mit den jetzt so vorläufigen Haaren auf den Zähnen, sind jetzt im Punkte der Unzufriedenheit nicht verblüht. Aber angesichts dieser maßlosen Überheblichkeit werden sie sich doch abseits an den Kopf fassen. Es trifft sich ja gut, daß etwa zu gleicher Zeit ein anderer, einer der ernstesten englischen Schriftsteller, Dr. Dillan, die größte

Besorgnis wegen der deutschen Munitionsfabrikation

in einer der angesehensten englischen Zeitschriften äußerte. Er sagt da u. a.:

„Deutschland richtet den Zivildienst ein, um die eigene Munitionserzeugung ebenfalls auf eine gewaltige Höhe zu bringen. Wenigstens um 75. v. S. stellt man die Gesamtproduktion steigern zu können — jeder kommende Monat wird also für unseren Gegner einen erheblichen Gewinn an Kriegsmaterial bedeuten, wie er dementsprechend für uns einen Verlust bedeuten muß. Das Problem lautet jetzt einfach so: kann Deutschland durch äußerste Konzentration seiner Bollkraft und denbar oeffentliche Herstellung und

Verbollkommnung seiner U-Batte die eigene Produktionsmenge um 75. 50 oder auch nur um 25. v. S. heben und gleichzeitig diejenige seines Feindes um 30 oder auch nur um 10 v. S. verringern? Ist dies möglich, dann kann es trotz seiner geringen Neuzugabe, trotz finanzieller und wirtschaftlicher Schwierigkeiten der fürchterlichsten Koalition der Feinde die Stirn bieten.“

Kartoffeln 164 Mark die Tonne

England überhaupt keine Kartoffeln mehr.

Nach der „Times“ vom 26. Januar fand in London eine Massenversammlung von Kartoffelhändlern statt, welche gegen die Kartoffelregulationen der Militärbehörden Protest erhob. Obgleich amtlich festgesetzte Kartoffelpreise außerordentlich niedrig (für Januar und Februar 8 s. 164 Mark die Tonne (Kartoffelbärspreis im Deutschen Reich) Verkauf durch den Kartoffelerzeuger vom 1. bis 15. Februar 80 Mark die Tonne), scheinen sie den englischen Landwirten immer noch viel zu niedrig zu sein und den Verbrauch im Hinblick auf die knappen Vorräte zu stark zu beschleunigen. Es hat daher der Ausschuss von Kartoffelpflanzen sich mit einer Eingabe an den englischen Lebensmittelausschuss gewandt, in der heftige Klagen erhoben werden. Es heißt in der Eingabe u. a.:

„Die Kartoffelbestände Großbritanniens werden lange vor der gewöhnlichen Zeit verbraucht, wenn der gegenwärtige Stand des Verbrauchs besteht; die Entziehung von Kartoffeln aus Großbritannien für die über See befindlichen Heere wird erwähnte Knappheit noch verschärfen, und entweder zu einer oder zu der anderen der folgenden Möglichkeiten führen:

1. es wird für die Zivilbevölkerung nach bestimmten Zeit überhaup keine Kartoffeln mehr gegeben,
2. Kartoffeln müssen notwendigerweise aus dem Ausland herangeschafft werden, um diejenigen Mengen, welche hier fortgenommen werden, zu ersetzen; dies wird wiederum Schiffsraum und Eisenbahnfrachtraum in Anspruch nehmen, welcher bei anderen Zwecken außerordentlich stark beansprucht wird.“

Der genannte Ausschuss kommt zu dem Resultat, daß man unbedingt alle Kartoffeln für die nächsten Monate befindlichen Streitkräfte Englands aus dem Ausland beschaffen müsse. Was werden zu diesen mehr oder weniger reichlichen Vorschlägen die Engländer sagen, wenn schon im Frieden so stark auf ihre Kartoffelbestände verzichtet sind und es jetzt nach Erklärung des Krieges eine eingeschränkte Unterseebootkriege durch Deutschland recht sein werden?

haben in der
Inferale Geisenheimer Zeitung
den druckbar besten Eindruck

Bekanntmachung.

Die Seifenartenausgabe für das kommende Quartal erfolgt am **Mittwoch, den 7. ds. Mts.** vormittags

8—9 Uhr für Nr. 1—150 u. 600—750 d. Lebensmittelfarte
9—10 „ „ „ 151—300 „ 751—900 „
10—11 „ „ „ 301—450 „ 901—1020 d. „
11—12 „ „ „ 451—600 „

Bei Empfangnahme der Karten sind die Lebensmittelfarten vorzulegen.

Geisenheim, den 6. Februar 1917.

Der Magistrat:

J. B. Kremer, Beigeordneter.

Am 8. 2. 17. ist eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen“ als Neufassung der Bekanntmachung Nr. 1/10. 16. R. A. A. erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.
Stellvert. Generalkommando 18. Armee Korps.

Gouvernement der Festung Mainz.

Am 29. 1. 17. ist eine Bekanntmachung betreffend Abänderung der Bekanntmachung Nr. V. 1. 663/6 15. R. A. A. betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von Kaufschul usw. erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.
Stellvert. Generalkommando 18. Armee Korps.

Gouvernement der Festung Mainz.

G. Rost, Dentist

Geisenheim

Marktstrasse 17.

Sprechstunden:

Samstag von 3—8 Uhr Nachmittags,

Sonntag von 3—5 Uhr Nachmittags.

Hotel, Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Besuchskarten
Buchdruckerei Jander

Auf meinem Lager hier sind zu haben:

Gelagte lyantisierte Pläble.
Kyanisierte Weinbergstübe 1,50 1,75 und 2,00 m. lang.
Gelagte imprägnierte Pläble.
Geriffene imprägnierte Pläble, trockene Ware.
Kyanisierte und imprägnierte Bauauflagen verschiedene Dimensionen.
Imprägnierte und kyanisierte Pläble 2, 2 1/2 und 3 m. lang. Jopf 7, 8—12 dtd.

Eine Partie Eichen-Pläble billigst.

Geschnittene Tannen-Schwarten um 1,30 M.

Zu haben bei

Gregor Dillmann, Geisenheim.

F. J. Petry's Zahn-Praxis

Gegründet 1899. Bingen a. Rh., Neubau Mainzerstr. 5 1/2

Neu Petry's Patent-Gebissmaschinen. Deutsches Reichspatent.

Obererzatzstücke mit diesem Sauer gefertigt, halten unbedingt fest. Die Petry Patent-Festhalter können auch in jedes alte Gebiss Obererzatzstücke eingebaut werden. Preise billigst! Spezial: Goldkronen aller Systeme. Unsichtbare Porzellan-Flomben. Schmerzloses Zahnziehen in Narkose. Füllen der Zähne und Reinigen nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft.

Druckmaschinen fertigt schnellstens
Buchdruckerei Jander

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

In völlig veränderter Ausstattung erscheint (soeben):

Helmolt's Weltgeschichte

Zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage unter Mitarbeit bedeutender Gelehrter herausgegeben von Armin Tille

Mit etwa 1200 Abbildungen im Text, 300 Tafeln in Farbendruck, 110 und 102 Zeichnungen sowie 60 Karten

10 Bände in Halbleder gebunden zu je 12.50 Mark

Prospekte kostenfrei durch jede Buchhandlung

Kriegs-Trauerbildehen

Andenken an Gefallene

in verschiedenen Mustern vorrätig und mit Eindruck sofort lieferbar.

Geschäftsstelle der „Geisenheimer Zeitung“

Winkler, Landstrasse 53b. — Telefon 123.

Wigburd

TABLETTEN

Schützen unsere Kräfte vor Erschöpfung. Sie erfrischen den Durst, sie erfrischen auf dem Marsch. Sendet Wigburd-Tabletten an die Front als

Einbudogobu

Feldpostbriefe mit Wigburd-Tabletten fassen in allen Sprachen und Sprachen Nr. 1. oder Nr. 2.

Frisch eingetroffen
Große saftige Äpfel
von und Litauen

Äpfel

Als Gemüse:

Wasserkohl, Weißkohl, Weißkohl, Krauskohl, Grünkohl, Fenchel, Knoblauch, Gelbe Rüben, Weiße Rüben, Meerrettich, Zwiebeln, Knoblauch bei Dillmann, Mainz.

Zigaretten

direkt von der Fabrik zu Originalpreisen

100 Zig. Holzk. 1.80 M.

100 „ „ 3 „ 2.50

100 „ „ 3 „ 2.50

100 „ „ 42 „ 3.50

100 „ „ 62 „ 4.50

Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an

Zigaretten prima Qualität von 100 bis 200 M. p. 100

Goldenes Haus Zigarettenfabrik

BERLIN, Brunnenstr. 17.

Verschiedene Sorten

Rörbe

sowie das Aussehen der selben und

Nebenweiden

empfiehlt

Franz Rückert